

Neue Hoffnung für junge Väter

Familienpolitik In den letzten Jahren hat das Parlament zahlreiche Ideen zur Schaffung eines Vaterschaftsurlaubs verworfen. Jetzt bringt eine Initiative neue Bewegung in die Sache.



Väter haben bei der Geburt eines Kindes nur einen freien Tag zugute.

Bild: Jamie Grill/Getty

Dominic Wirth

Vor der Bundeskanzlei fahren morgen die Kinderwagen auf, doch in ihnen werden keine Babys liegen. Sondern Kisten voller Unterschriftenbögen. Ein Jahr nach ihrer Lancierung wird die Vaterschaftsurlaub-Initiative eingereicht; sie verlangt einen vierwöchigen, gesetzlich garantierten Urlaub für frischgebackene Väter. Hinter ihr steht eine Allianz, zu der Gewerkschaften wie Travail.Suisse, der Familienverband Pro Familia, der Bund der Frauenorganisationen, Alliance F und der Dachverband der Vater- und Männerorganisationen gehören.

Der Vaterschaftsurlaub kommt also nach Bern, wieder einmal, denn neu ist das Thema dort nicht, im Gegenteil: Über 30 Vorstösse zum Thema wurden im Bundeshaus schon behandelt. Getan hat sich indes wenig, weil bisher jeder Versuch, einen Vaterschaftsurlaub im Gesetz zu verankern, gescheitert ist. Und so hat ein Vater bei der Geburt seines Kindes bis heute einen freien Tag zugute, gleich wie bei einem Umzug. Auch wenn staatliche Verwaltungen und auch grössere Unternehmen teilweise einen Vaterschaftsurlaub gewähren, hinkt die Schweiz im OECD-Vergleich damit weit hinterher. Die Volksinitiative könnte nun aber

Bewegung in die Sache bringen. Denn mit ihr wächst der Druck auf Bundesrat und Parlament. Und es ist durchaus möglich, dass man sich in Bern mit Stimmen von Mitte-links und Teilen der FDP auf einen Gegenvorschlag einigt, der das Anliegen der Initianten zumindest teilweise aufnimmt. An Ideen fehlt es dabei nicht, das zeigt ein Blick auf die Liste der Vorstösse, die in letzter Zeit abgelehnt wurden oder noch hängig sind. Einige von ihnen dürften bei der Beratung der Initiative ab Mitte 2018 im Parlament erneut ins Spiel gebracht werden. Ausser der SVP hat es sich in den letzten Jahren keine Partei nehmen lassen, bei diesem wählernahen Thema mit einem eigenen Vorschlag in den Ring zu steigen.

14 Wochen wie in vielen EU-Staaten

Da ist etwa die parlamentarische Initiative der GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy, die zuletzt in der zuständigen Nationalratskommission besprochen und mit 13 zu 9 Stimmen abgelehnt wurde. Die Bernerin schlägt eine Elternzeit vor, wie es sie in verschiedenen EU-Staaten in allerlei Varianten bereits gibt. Dem Vater stünden demnach maximal 14 Wochen Vaterschaftsurlaub zu, allerdings nur, wenn beide Elternteile erwerbstätig sind. «Mit

dem heutigen Mutterschaftsurlaub fördert der Staat aktiv die traditionelle Rollenverteilung. Das muss aufhören», sagt die GLP-Nationalrätin.

Bertschy will mit der Bedingung, dass die Frau arbeiten muss, damit der Mann Vaterschaftsurlaub beziehen kann, die Wirtschaft ins Boot holen. Dort stösst der Vaterschaftsurlaub auf wenig Gegenliebe, weil er mit Zusatzkosten verbunden ist. Vier Wochen Ferien für junge Väter kosten jährlich 380 Millionen

«Mit dem heutigen Mutterschaftsurlaub fördert der Staat aktiv die traditionelle Rollenverteilung. Das muss aufhören.»

Kathrin Bertschy
Nationalrätin GLP/BE

Franken. Die müssten Arbeitnehmer und Arbeitgeber über die Lohnbeiträge aufbringen. Der Ausserrhodener FDP-Ständerat Andrea Caroni, selbst ein junger Vater, will keinen solchen Ausbau des Sozialstaats. Er plädiert stattdessen dafür, dass die Frau freiwillig einen Teil ihrer 14 Wochen Mutterschaftsurlaub dem Partner übertragen kann. «Das ist eine liberale, flexible Lösung, und sie fördert die Gleichbehandlung der Geschlechter», sagt Caroni, der seinen Vorschlag neu lancieren will, wenn das Parlament die Volksinitiative berät.

Die besten Gegenvorschlag-Chancen aber dürfte ein Konzept aus der CVP haben, das zwar im Parlament schon einmal gescheitert ist, am Schluss aber für den kleinsten gemeinsamen Nenner stehen könnte. Er schlägt statt vier nur zwei Wochen Vaterschaftsurlaub vor, dies würde entsprechend weniger kosten – 190 statt 380 Millionen Franken. Barbara Schmid-Federer, Präsidentin der Arbeitsgruppe Familienpolitik in ihrer Partei, will den Vorschlag neu einbringen. «Das ist zwar eine Minimallösung, aber sie ist politisch mehrheitlich», sagt die Zürcher Nationalrätin.

Bei den Linken, die eine solche Lösung im Parlament mittragen müssen, wenn sie eine Chance haben soll, winkt man ab. Dort wurden in der Vergangenheit El-

ternzeit-Ideen gewälzt, die viel weitergegangen wären als die Pläne des Initiativkomitees. Jetzt trägt die Partei das Anliegen aber mit, wie Cédric Wermuth sagt. Der Aargauer Nationalrat betont aber gleichzeitig, dass er sie nur als ersten Schritt zu einer modernen Familienpolitik sieht – und dass sie für die SP die Untergrenze darstellt. «Über eine Lösung mit weniger als vier Wochen muss man mit uns gar nicht diskutieren», sagt Wermuth.

«Rückzug der Initiative kommt nicht in Frage»

Die Initianten verfolgen die Gegenvorschlag-Diskussion gelassen. Adrian Wüthrich, Präsident von Travail.Suisse und Kopf des Komitees, verweist auf die 81 Prozent der Bevölkerung, die sich in einer Studie für einen Vaterschaftsurlaub aussprachen. «Ein Rückzug kommt für uns nicht in Frage. Wir legen schon einen Kompromiss auf den Tisch», sagt Wüthrich, «und wir sind sicher, dass wir eine Chance haben.» Allerdings zeigt die Studie, die Travail.Suisse selbst in Auftrag gab, auch noch etwas anderes: Die meisten Schweizer sind für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Und so müssen sich die Initianten am Ende vielleicht entscheiden, ob sie den Spatz aus dem Parlament nehmen – oder auf die Taube aus dem Volk hoffen.

Bundesrat Maurer nicht nur am Nebentisch

G-20-Gipfel Mit Finanzminister Ueli Maurer reist erstmals ein Bundesrat nicht nur im Vorfeld an einen G-20-Gipfel. Er wird laut seinem Departement am kommenden Freitag in Hamburg an einem parallelen Treffen der Finanzminister der 20 führenden Industrie- und Schwellenländer teilnehmen. Daniel Saameli, Sprecher des Eidgenössischen Finanzdepartements, bestätigte einen Bericht des «Sonntags-Blicks». Es handle sich um ein Abendessen der Finanzminister der G-20 am Rande des Gipfels. Begleitet wird Maurer laut Saameli von Staatssekretär Jörg Gasser. Am Essen dabei ist neben anderen der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble.

In den letzten Jahren nahm die Schweiz bereits wiederholt am G-20-Prozess teil. So wie dieses Jahr auch. Die Schweiz wurde von Deutschland zum Finance Track der G-20 eingeladen. Nebst den Sitzungen auf Ministeriebene betrifft dies sämtliche Vorbereitungstreffen auf hoher Beamtenstufe sowie die Sitzungen der wichtigsten Arbeitsgruppen der G-20 zu Finanzthemen.

Am Treffen der Staats- und Regierungschefs am Freitag und Samstag werden schwierige Diskussionen unter anderem zur Handels- und Klimapolitik und zur Migration erwartet. (sda)

Entführte Baslerin in Video gezeigt

Missioniert Der Ableger der Al-Kaida in Mali hat ein Video von sechs ausländischen Geiseln veröffentlicht, unter ihnen die am 8. Januar in Timbuktu entführte Basler Missionarin. Das teilte die Site Intelligence Group mit, eine auf die Überwachung islamistischer Websites spezialisierte US-Organisation. Die Geiseln werden in dem Video einzeln von einem Mann vorgeführt. Dieser sagt an die Angehörigen gerichtet, dass bisher «keine richtigen Verhandlungen» zur Freilassung der Geiseln begonnen hätten. Er bestätigt jedoch, dass immer noch Gespräche liefen.

Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern hat Kenntnis von dem Video, wie es gestern auf Anfrage mitteilte. Die Schweiz verlange weiterhin die «bedingungslose Freilassung» der Missionarin.

Sie war bereits 2012 in Mali von Islamisten verschleppt worden. Damals kam sie nach Vermittlung durch die Regierung von Burkina Faso nach neun Tagen frei. Die Islamisten liessen sie angeblich unter der Bedingung frei, dass sie nicht wieder in die Wüstenstadt Timbuktu zurückkehre, um zu missionieren. (sda)

Der Armeebestand wird neu bestimmt

Schnelligkeit Das Militär rechnet den Armeebestand neu. Soldaten, die nicht rasch einsatzbereit sind, werden nicht mehr mitgerechnet. Damit sinkt der effektive Bestand um rund 15 000 auf 140 000 Mann. So zählen etwa Durchdiener, die ihren letzten Dienstag absolviert haben, nicht mehr zum offiziellen Armeebe-

stand. Dies, obwohl sie noch während vier Jahren in der Armee eingeteilt bleiben und zu Einsätzen aufgeboden werden könnten.

Dies berichtete am Samstag der «Tagesanzeiger». Die nicht mehr mitgerechneten Gruppen bleiben voll ausgerüstet und müssten im Ernstfall einem Aufgebot auch Folge leisten. Armee-

Sprecher Daniel Reist bestätigt auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA diese Anpassungen. Es sei richtig, dass die vom Effektivbestand neu ausgeschlossenen Soldaten noch aufbietbar bleiben würden, sagte Reist. Bei ihnen gehe man nur davon aus, dass sie ihre Kenntnisse etwa in Bezug auf das Schiessen verloren hätten

und daher nicht mehr rasch eingesetzt werden könnten. Auch Rekruten würden nicht dem Effektivbestand angehören, weil ihnen die nötigen Kenntnisse im Ernstfall noch fehlten. Die Armee wolle sich vermehrt auf den Einsatz und auf eine schnelle Verfügbarkeit und Mobilisation ausrichten, sagte Reist weiter. (sda)

«König von Solothurn» bleibt auf dem Thron

Ausdauer Kurt Fluri bleibt weiter Stadtpräsident von Solothurn. Der FDP-Nationalrat setzte sich gestern im ersten Wahlgang klar gegen die sozialdemokratische Herausforderin Franziska Roth durch. Fluri schaffte die Wiederwahl mit 3219 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 2609

Stimmen. Der 61-Jährige ist seit 24 Jahren Stadtpräsident. Das sei genug, fand die SP und schickte Franziska Roth gegen den «König von Solothurn» ins Rennen. Mit der 51-jährigen Kantonalpräsidentin und Kantonsrätin wurde Fluri erstmals seit 1993 ernsthaft gefordert. (jr)